

Gropp, Reint

Article

Kommentar: Wir brauchen eine neue Corona-Strategie

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Gropp, Reint (2021) : Kommentar: Wir brauchen eine neue Corona-Strategie, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 27, Iss. 1, pp. 3-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/231433>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wir brauchen eine neue Corona-Strategie

Reint Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Die gegenwärtige Corona-Strategie der Bundesregierung, wenn man sie denn so nennen kann, konzentriert sich darauf, besonders gefährdete Personen durch Impfung zu schützen und die Ansteckung aller anderen durch den Lockdown zu vermeiden. Sie ignoriert, dass Menschen im täglichen Leben immer Risiken eingehen und dabei auch Risiken berücksichtigen, die durch das Verhalten anderer entstehen. Sie entscheiden selbst, wie stark sie sich gefährden, je nach ihrer persönlichen gesundheitlichen Situation und Risikofähigkeit. Die Möglichkeit, Risiken einzugehen, ist ein inhärenter Teil einer freiheitlichen Gesellschaft: Die Gesellschaft vertraut prinzipiell dem Einzelnen, einigermaßen vernünftige Entscheidungen zu treffen – und die Konsequenzen zu tragen, wenn die Dinge schiefgehen. Der Staat setzt dabei die Rahmenbedingungen, aber niemals mit dem Ziel, das Risiko für den Einzelnen auf null zu drücken.

Basierend auf diesen Überlegungen scheint es überfällig, die Strategie in der Corona-Krise zu ändern. Natürlich war es im Frühjahr 2020 sinnvoll, die Pandemie mit einem Lockdown zu bekämpfen. Man hatte Angst vor einer Überlastung des Gesundheitssystems, man kannte die gesundheitliche Gefährdung Einzelner durch das Virus nur unzureichend, es waren keine Impfstoffe oder Behandlungsmöglichkeiten zur Hand und es war unklar, wann sie entwickelt werden würden. *Lockdown was the only game in town.*

Die Dinge haben sich aber seit dem Frühjahr 2020 verändert, auch wenn die Bundesregierung gegenwärtig so tut, als sei das nicht so. Der Lockdown-Ansatz ist eine Maßnahme von gestern und muss durch eine Strategie ersetzt werden, die auf Eigenverantwortung, verstärktes Impfen und Schnelltests setzt. Man muss zu dem Prinzip zurückkehren, dass der Einzelne selbst für seine Gesundheit verantwortlich ist und nicht der Staat. Wir wissen jetzt zum Beispiel, dass Hygienekonzepte in Unternehmen, in Restaurants und in Geschäften funktionieren und die Infektionsherde eher im privaten Bereich zu finden sind. Gleichzeitig weiß jeder, der einer Risikogruppe angehört, dass er sich der Ansteckungsgefahr aus-

setzt, wenn er eine Bar oder ein Restaurant besucht. Es ist nicht zu viel verlangt, von diesen Menschen zu erwarten, dass sie selbst alles für ihren eigenen Schutz tun. Wir müssen endlich anfangen, die immensen Kosten eines fortdauernden Lockdowns für junge Menschen zu berücksichtigen. Schon jetzt sagen Psychologen, dass die seelischen Langzeitfolgen für Kinder und Jugendliche unabsehbar sind. Wir schützen im Moment diejenigen, die nichts oder nur sehr wenig zur Wirtschaft und zum gesellschaftlichen Leben in Deutschland beitragen, auf Kosten der jungen Generation. Das kann nicht gutgehen, und der Widerstand gegen als willkürlich und planlos empfundene Maßnahmen wächst zu Recht, auch weit weg von Querdenkern und Wirrköpfen.

Was heißt das also für die Regierung? Erstens, endlich die Impfproblematik ernstzunehmen und einen Plan zu entwickeln, wie ein bis zwei Millionen Menschen pro Tag geimpft werden können. Das geht in anderen Ländern (wie Großbritannien, Israel, den USA), das geht also auch in Deutschland. Die dabei anfallenden Kosten lägen deutlich unter denen, die ein Lockdown auf unbestimmte Zeit verursacht. Zweitens müssen Schnelltests für alle kostenlos zugänglich gemacht werden und für bestimmte Risikoaktivitäten (Theater, Kino, Bars, Reisen) zur Voraussetzung werden, solange noch keine Herdenimmunität erreicht ist. Und drittens müssen – mit entsprechenden bereits implementierten Hygienekonzepten – alle zurzeit geschlossenen Einrichtungen wieder öffnen dürfen. Die Regierung darf die Menschen nicht länger am Leben hindern. 